Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksversammlung Harburg

Antrag	Drucksachen–Nr.: **22-2128**
CDU-Fraktion / Frommann, Lars / Hoschützky, Martin / Bliefernicht, Rainer	Datum: 09.10.2026

Beratungsfolge		
	Gremium	**Datum**

Antrag CDU betr. Fahrbahnabsenkungen im Bezirk

Sachverhalt:
In den vergangenen Wochen ist es im Bezirk Harburg wiederholt zu Fahrbahnabsenkungen und kurzfristigen Straßensperrungen gekommen. Solche Schäden führen nicht nur zu Einschränkungen für Anwohnerinnen und Anwohner sowie den Verkehr, sondern können bei einer späteren Behebung auch mit erheblichem Aufwand verbunden sein.
Es erscheint daher sinnvoll, bekannte Auffälligkeiten und Schadensbilder frühzeitig in den Blick zu nehmen. Dabei sollte nicht nur geprüft werden, an welchen Stellen weiterer Untersuchungs- oder Instandsetzungsbedarf besteht, sondern auch, welche Ursachen den jeweiligen Schäden zugrunde liegen. Erkenntnisse über wiederkehrende Ursachen können dazu beitragen, vergleichbare Schäden an anderen Stellen frühzeitig zu erkennen oder möglichst zu vermeiden.
Wo dies fachlich und wirtschaftlich vertretbar ist, sollten notwendige Untersuchungen oder kleinere Instandsetzungsmaßnahmen möglichst mit ohnehin geplanten Straßenunterhaltungsarbeiten verbunden werden.

Petitum/Beschlussvorschlag:
Die Bezirksversammlung beschließt:
Das Bezirksamt wird gebeten, zu prüfen, ob im Bezirk Harburg Straßenabschnitte mit bekannten Auffälligkeiten, wiederkehrenden Schäden oder einem absehbaren besonderen Untersuchungs- oder Instandsetzungsbedarf bestehen.
Dabei soll, soweit möglich, auch dargestellt werden, welche Ursachen für die festgestellten Schäden maßgeblich sind und ob sich daraus Hinweise für vergleichbare Straßenabschnitte im Bezirk ableiten lassen.
Für betroffene Bereiche soll geprüft werden, ob notwendige Untersuchungen oder kleinere Instandsetzungsmaßnahmen frühzeitig oder im Zusammenhang mit ohnehin geplanten Straßenunterhaltungsarbeiten durchgeführt werden können.
Über die Ergebnisse der Prüfung, die festgestellten Ursachen und das weitere Vorgehen ist in den jeweils zuständigen Regionalausschüssen zu berichten.

Hamburg, am 08.10.2026